



SABINE VERHEYEN  
Mitglied des Europäischen Parlaments

Europäisches Parlament  
Rue Wiertz 60 - ASP 15E116  
B - 1047 Brüssel  
Tel.: +32-228-45299

12.09.2018

---

## Pressemitteilung

### **Mehr Verantwortung für große Plattformbetreiber: Mehrheit der Abgeordneten stimmt Reform des Europäischen Urheberrechts zu**

**In der heutigen Plenarsitzung stimmte die Mehrheit der Abgeordneten für verbindliche und durchsetzbare Regeln im Online-Bereich, Künstler und Kreative angemessen an den Gewinnen, die mit ihren Werken erzielt werden, zu beteiligen. Gute Nachrichten für Kulturschaffende, Kreative und Künstler, auf deren Rücken die großen Online-Plattformen wie YouTube und Facebook ihr Geschäft aufgebaut haben.**

Die geplante Urheberrechts-Richtlinie soll europaweit eine Rechtslücke schließen, die vor allem die großen amerikanischen Internet-Konzerne bisher nutzen, um in Europa Milliarden-Gewinne auf Kosten der Eigentümer kultureller und geistiger Leistungen zu erzielen. Vorgesehen ist vor allem, dass Internetplattformen wie YouTube Inhalte, die auf ihrer Plattform zugänglich gemacht werden, lizensieren. Diese Lizenz deckt dann auch nutzergenerierte Inhalte ab. „Ziel der Vorschläge ist es, den Künstlern und Kreativen, deren Werke online verbreitet werden, wieder eine Lebensgrundlage zu geben, indem sie für ihre Kreativleistung eine angemessene Vergütung von den Verbreitungsplattformen erhalten, die mit ebendiesen kreativen Inhalten Milliardengewinne erzielen“, so die Aachener CDU-Europaabgeordnete Sabine Verheyen. „Auch halte ich es für sachgerecht, dass Plattformen den Zeitungsverlegern, die Qualitätszeitungen finanzieren, etwas von ihren Gewinnen abgeben, die Google und Co mit den journalistischen Inhalten Dritter erwirtschaften“.

Der Abstimmung vorausgegangen war eine regelrechte Desinformationskampagne, in der mit Begriffen wie „Link-Steuer“ und „Zensur“ völlig zu Unrecht Falschinformationen verbreitet und die Sach- und Rechtslage auf den Kopf gestellt wurde. Die Falschmeldungen wurden in den letzten Wochen ad absurdum geführt,

gezielt gesteuert von großen Internetfirmen und verbreitet sogar von solchen, die es besser wissen müssten, sich aber zu Marionetten der Internetgiganten haben machen lassen, wie von der Europaabgeordneten Julia Reda (Piratenpartei). So hieß es, Internetnutzer dürften keine Inhalte mehr verlinken, keine Handy-Videos von Sportereignissen aus Stadion oder Turnhalle teilen, und jeder Upload würde gefiltert werden. Die EU plane außerdem eine Steuer auf Hyperlinks und Wikipedia müsse aus dem Netz genommen werden. „Nichts von all dem steht im aktuellen Richtlinien-Entwurf, und so freue ich mich, dass die Mehrheit meiner Kollegen sich von der groß angelegten und von den mächtigen Gegnern der Richtlinie wie Google finanzierten beispiellosen Lobbykampagne nicht haben beeindrucken lassen“, so Verheyen weiter.

Im Plenum des Europäischen haben sich die Vorschläge des Berichterstatters Axel Voss letztendlich durchgesetzt, die Plattformen für Urheberrechtsverstöße in Haftung zu nehmen. Bisher waren sie aufgrund der e-commerce Richtlinie haftungsbefreit.

Nun können Inhaber von Urheberrechten an Plattformen wie YouTube Informationen weitergeben, mit deren Hilfe die Plattform erkennen kann, ob ein Nutzer ein urheberrechtlich geschütztes Werk hoch lädt. Die heute beschlossene Parlamentsposition zur Urheberrechtsreform wird jetzt im sogenannten „Trilog“ mit der Kommission und den EU-Mitgliedstaaten verhandelt.

## **Hintergrund**

Nach einer ersten Niederlage im Juli wurde die Debatte und Abstimmung um die im zuständigen Rechtsausschuss (JURI) des Europäischen Parlaments angenommenen Regelungen, die einen Schutz des Urheberrechts und eine Beteiligung der Rechteinhaber an den Einnahmen der Online-Plattformen für ihre Werke vorsehen, neu aufgerollt. Trotz einer beispiellosen Lobby-Kampagne, als „Grassroot-Initiative“ von Netzaktivisten getarnt aber finanziert von den großen Online-Plattformen wie Google und Facebook wurden die Reformvorschläge im Plenum des Europäischen Parlaments nun angenommen.

Für Rückfragen und weitere Informationen:

Büro Sabine Verheyen

Tel.: +32 (0)2 28 37299

Email: [sabine.verheyen@ep.europa.eu](mailto:sabine.verheyen@ep.europa.eu)